

Radio Darmstadt bangt um Lizenz

Frühere Verantwortliche legen Programmbeschwerde ein und gründen Konkurrenz-Verein

Von Frank Schuster

In einer E-Mail an seine Vereinsmitglieder hat der Vorstand des Lokalradios Radio Darmstadt (Radar) mitgeteilt, dass die Verlängerung der Sendelizenzen gefährdet ist. Grund sei, dass bei der Landesanstalt für privaten Rundfunk (LPR) eine Beschwerde über Radar eingegangen ist, und dass sich ein zweiter Verein namens „Dis-sent – Medienwerkstatt“ gegründet hat, der eine Lizenzierung für Darmstadt anstrebt. Hinter beidem stecken ehemalige Radar-Verantwortliche.

Die LPR hat den Radar-Vorstand dazu aufgefordert, bis kommenden Dienstag, 16. Oktober, Stellung zu den Vorwürfen zu nehmen. Am 29. Oktober wird die Landesanstalt in einer Versammlung darüber befinden, ob die Sendelizenzen in Darmstadt neu ausgeschrieben werden oder ob Radar einen Verlängerungsantrag stellen darf. Der Vorstand ruft die Mitglieder auf, Unterstützungsschreiben von kooperierenden Institutionen zu sammeln und hat bereits ein Strategieseminar abgehalten.

Radar-Vorstand Markus Lang räumt auf Anfrage ein, dass es „eine reelle Bedrohung“ gebe. Aller-



Der Lokalsender Radar ist seit elf Jahren auf Sendung.

A. ARNOLD

dings sei der Verein im elften Sendejahr etabliert und erfülle alle Voraussetzungen für eine Lizenzverlängerung. Radar erwäge, Strafanzeige wegen Urheberrechtsverletzungen gegen ehemalige Verantwortliche zu stellen, weil sie Sendehalte oder Vereinsinterna öf-

fentlich machten, indem sie sie ins Internet stellten oder der Presse zuspielten, so Vorstand Benjamin Gürkan. „Es gibt Leute, die den Verein kaputt machen wollen.“

Urheber der Beschwerde ist der ehemalige Vereinsvorstand Walter Kuhl, der im vergangenen Jahr

abgewählt wurde, dagegen geklagt hatte, und inzwischen ausgetreten ist. Kuhl macht auch auf seiner Internetseite Waltpolitik.de gegen den Verein mit derzeit rund 600 Mitgliedern mobil.

Vorwurf der Kommerzialisierung

Er schreibt, dass der Sender bestimmte Kriterien eines nichtkommerziellen Lokalradios nicht mehr erfülle. Als Beispiele nennt er, dass politische Themen immer weniger Platz fänden und die Sendungen zu einem „mainstreamigen Musikberieselungsprogramm“ geworden seien. Detailliert listet er technische Pannen auf und hält Versprecher von Moderatoren fest – unter Nennung von Namen. Im Gegenzug lobt er seine eigene Arbeit: Vorkommnisse wie diese seien „in der Amtszeit des Autors dieser Dokumentation nicht vorgekommen“.

Kuhl nennt zudem die Namen von vier früheren Programmverantwortlichen, die gegen die Tendenz gestanden hätten, im „Radio eine Abdudelmaschine eigener Musik“ zu sehen. Zwei der Genannten sitzen im dreiköpfigen Vorstand des neuen Vereins, der die Lizenzierung anstrebt und sich bereits im Internet präsentiert.